



Verkehrsausschuss

17. Sitzung (öffentlich)

13. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 3**
Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 17/3300
Drucksache 17/4100 (Ergänzungsvorlage)
Vorlage 17/1075
Vorlage 17/1229

Einzelplan 09

- 2. Verschiedenes 11**

– ohne Diskussion –

1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 17/3300
Drucksache 17/4100 (Ergänzungsvorlage)
Vorlage 17/1075
Vorlage 17/1229

Einzelplan 09

(Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde mit Plenarbeschluss vom 19. September 2018 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse überwiesen. Der Haushalts- und Finanzausschuss erwartet bis zum 16. November die Voten der Fachausschüsse. Die zweite Lesung ist für das Plenum vom 28. bis zum 30. November vorgesehen.)

Vorsitzender Thomas Nückel weist auf die Vereinbarung der Obleute hin, in der heutigen Sitzung die Aussprache zur Haushaltseinbringung durchzuführen und den Ausschussmitgliedern Gelegenheit zu geben, Fragen an die Landesregierung zu richten. In der Sitzung am 16. November solle dann abschließend beraten und abgestimmt werden.

Arndt Klocke (GRÜNE) erinnert daran, dass der Minister in der vergangenen Woche seinen Haushaltsansatz vorgestellt und sich selbst als „glücklichen Minister“ bezeichnet habe. Einige Aspekte des Haushaltsentwurfs halte auch er, Klocke, für begrüßenswert. In diesem Zusammenhang nenne er nur die Mobilitätsstationen, den Ausbau der Förderung von ÖPNV, den Aufwuchs bei der Förderung von Radwegen bzw. Rad-schnellwegen, die Zusätze im Bereich der Straßensanierung sowie den Aufwuchs bei den Planer- und Koordinierungsstellen etc.

Aufgrund der diesmal recht üppigen Zuwendungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode stehe allerdings der jetzigen Landesregierung auch deutlich mehr Geld zur Verfügung. Ob der vorgesehene konkrete Einsatz dieses Geldes jedoch auch dem Nachhaltigkeitskriterium Rechnung trage, könne erst im Laufe der kommenden Jahre beurteilt werden.

Denn die Konjunkturprognosen für das nächste Jahr seien nicht nur Thema im CDU-Landesvorstand gewesen; auch Friedrich Merz habe vor einem Konjunkturinbruch im ersten Drittel des Jahres 2019 gewarnt und deutlich zurückgehende Steuerprognosen angesprochen. Es stelle sich von daher für ihn, Klocke, die Frage, ob es sich bei der vorgesehenen Erhöhung um eine einmalige, zusätzliche Zuwendung handle oder ob sich dieser Umfang des Haushalts für die nächsten Jahre verstetigen lasse.

Und was einen glücklichen Minister Wüst anbelange: Just am Tag der Haushaltsvorstellung seien in einer Agenturmeldung volle Straßen und die Rekordstaus in NRW –

an besagtem Tag landesweit 340 km – thematisiert worden. Zudem habe die Allianz pro Schiene einen Tag später den „Bundesländerindex Mobilität: Großbaustelle Verkehr“ herausgegeben, in dem Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahr bezüglich nachhaltiger Mobilität um drei Plätze abgerutscht sei.

Außerdem – auch dies noch zu der Selbsteinschätzung „glücklicher Minister“ – hätten die Gerichtsurteile in Köln und Bonn die Auffassung des Ministerpräsidenten, die Anordnung von Fahrverboten in diesem Land wäre rechtswidrig, alles andere als bestätigt.

Wenn das Thema „Fahrverbote“ auch nicht zu den eigentlichen Baustellen des Verkehrsministers gehöre, so werde er in dieser Sache sicherlich häufig kontaktiert. Aus diesem Grund halte er, Klocke, die Selbsteinschätzung nach dem Motto „Ich bin ein glücklicher Verkehrsminister, es läuft alles in die richtige Richtung und wir können fast schon über Wasser gehen“ für etwas verfrüht.

Mit Blick darauf habe seine Fraktion einige Änderungsanträge gestellt. In einem werde gefordert, 10 Millionen Euro für den Radwegbau bzw. die Radwegesanie rung – ein dem Ministerium sicherlich bekanntes Thema – an Brücken in den Haushalt einzustellen. Dazu habe es in den vergangenen Monaten viele Rückmeldungen gegeben. Bei anstehenden Brückensanierungen – Leverkusen, Neuenkamp, Bonn, die hiesige Autobahnbrücke – stelle sich die Frage nach der tatsächlichen und der möglichen Breite der Radwege. Seine Fraktion schlage jedenfalls vor, diesbezüglich mehr zu unternehmen.

In einem anderen Antrag befasse sich seine Fraktion mit dem Sozialticket. 40 Millionen Euro dafür bereitzustellen, erachte er als in der Sache gut, doch sei die Summe zu gering. Seine Fraktion schlage daher vor, 2 Millionen Euro zusätzlich zu investieren. So könne man der Tatsache einer erhöhten Anzahl von Nutzerinnen und Nutzern und gestiegener Ausgaben der Verkehrsverbände Rechnung tragen. Die drei Verbände hätten an seine Fraktion das Erfordernis zusätzlicher Mittel herangetragen. – Und in der Tat könne man einen vor einigen Jahren gewählten Ansatz nicht einfach kontinuierlich fortschreiben, sondern müsse den zusätzlichen Mittelbedarf berücksichtigen, welcher von den Grünen mit 2 Millionen Euro beziffert werde.

Carsten Löcker (SPD) spricht den Hinweis von Arndt Klocke auf eine Reihe von im Rahmen der Haushaltsplanungen vorgelegten Rekordzahlen an. Prinzipiell sei das gut angelegtes Geld; entscheidend sei aber die beabsichtigte Wirkung.

Die Aussichten sähen eingedenk des Ankündigungsfeuerwerks der vergangenen Woche natürlich richtig gut aus, aber am Ende gehe es darum, dass auch die Pendlerinnen und Pendler im Land profitierten; dieses Gefühl habe sich bisher jedoch nicht eingestellt.

Betrachte man die hunderte Kilometer langen Staus in dieser und der vergangenen Woche, frage man sich, woran Pendlerinnen und Pendler hätten merken sollen, dass Absichten auch wirklich umgesetzt würden und der Erfolg sichtbar werde. In den vergangenen Jahren seien immer wieder Verbesserungen angekündigt worden, aber rückblickend betrachtet, sei es nur sehr langsam vorangegangen.

Vor dem Hintergrund der Erklärung, mit zusätzlichem Personal und viel Geld Positives bewirken zu wollen, bewerte er die verkündeten 8,8 % Staurückgang. Es mute schon

wie ein besonderer Kunstgriff an, den Zeitraum von Mitte Mai bis September ohne die Monate davor und danach anzusetzen, und somit den außergewöhnlichen Sommer, in dem viele Menschen Fahrrad gefahren seien, nicht zu berücksichtigen. So versuche man, bei den Pendlerinnen und Pendlern, die in den vergangenen beiden Wochen auf Straße und Schiene Verzögerungen zu erdulden gehabt hätten, den Eindruck von Verbesserungen zu erwecken.

Eigentlich ließen die Einlassungen der letzten Woche keine Frage mehr offen, und es gebe ein Grundvertrauen, dass das Geld auch tatsächlich ins Werk gesetzt werde. Zwar wolle er die Zahlen rund um ÖPNV, Schiene und Fahrrad nicht alle schlechtreden, aber klar sei auch, dass man in den kommenden Jahren viel Wert darauf legen müsse, dass die Investitionen auch tatsächlich erfolgten, ansonsten sei die Wahlfreiheit nicht zu gewährleisten.

Wenn man behaupte, zur Gewährleistung der Wahlfreiheit in alle Systeme investieren zu müssen, habe man sich mit Blick auf das Ganze die Frage gefallen zu lassen, ob genügend Mittel in den Umweltverbund fließen. Schließlich versäume man keinen Tag, die Menschen daran zu erinnern, dass sie für einen Umstieg Alternativen benötigen. Davon aber könne bis heute keine Rede sein.

Die CDU betone bei jeder Gelegenheit, dass man den Menschen nichts vorschreiben dürfe – das solle man auch nicht –; aber die von der CDU eingebrachten Zahlen rund um den Radverkehr ließen zumindest Zweifel aufkommen. Er wolle noch nicht einmal von „Aufbruch Fahrrad“ sprechen, aber man müsse sich der Realität stellen, dass es zu Unwuchten führe, wenn man viel Geld in Straßen und wenig Geld in den ÖPNV und den Fahrradverkehr investiere. Es gelte, dafür zu sorgen, dass die Balken gemeinsam stiegen, um so Wahlfreiheit zu ermöglichen.

Auf die von seiner Fraktion gestellten Anträge eingehend, spricht er das Thema „Azubi-Tickets“ an. Natürlich könne man für diese Haushaltsstelle 5 Millionen Euro einplanen und einkalkulieren, dass es in Zukunft fakultative Tickets ab 60 Euro aufwärts für Azubis geben werde. Er bezweifle jedoch, dass man auf diese Weise, also mit einem 60-Euro-Ticket, viele junge Menschen dazu bewegen könne, für ihren Weg zur Ausbildungsstelle auf den ÖPNV umzusteigen. Seine Fraktion fordere in ihrem Antrag unter Berücksichtigung der Dynamik daher mehr – sprich: ausreichend Mittel des Landes für diesen Bereich –, um so für ein für möglichst viele bezahlbares Azubi-Ticket zu sorgen und sie zum Umstieg zu motivieren.

Bezüglich der Mittel für die Landesstraßen erinnert er die regierungstragenden Fraktionen an ihr selbstgestecktes Ziel von 200 Millionen Euro jährlich, das auch seine Fraktion für erstrebenswert halte. Hier bleibe allerdings noch Luft nach oben.

Im Zusammenhang mit Radschnellwegen weist er auf die zu erwartende Dynamik bei der Anbindung der an diesen Wegen liegenden Gemeinden hin. Dort würden gerade Planungen dazu beginnen, wie man sich möglichst bald an die Radschnellwege anbinden könne. Angesichts des steigenden Bedarfs reichten die veranschlagten Mittel nicht aus. Eigentlich sollte jedoch für die nahezu täglich verkündete Mobilitätswende genügend Geld zur Verfügung gestellt werden.

Klaus Vossemer (CDU) nimmt Bezug auf die einleitenden Äußerungen von Arndt Klocke und zitiert Wilhelm Busch: „Glück entsteht oft durch Aufmerksamkeit in kleinen Dingen.“

In diesem Sinne könne er die Freude von Verkehrsminister Hendrik Wüst angesichts des Erreichten gut nachvollziehen, betrage der Anstieg des Haushaltsvolumens des Einzelplans 09 gegenüber dem Vorjahr doch rund 97 Millionen Euro, also 3,3 %.

Zudem gebe es weitere personelle Verstärkung in der Straßenbauverwaltung, weitere 55 Stellen seien für das Verkehrsressort eingeplant, davon 52 für Straßen.NRW.

Es gebe mehr Geld für externe Planungsleistungen, fast 100 Millionen Euro – genau doppelt so viel, wie in Zeiten rot-grüner Regierungsverantwortung.

Bezüglich der Investitionen in Landesstraßen stimmt er Carsten Löcker zu: Für diesen Zweck sehe der Koalitionsvertrag 200 Millionen Euro vor, und diese Summe werde man auch erreichen. Allerdings müssten dafür zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden, schließlich habe die vorherige Regierung mehr oder weniger leere Schubladen hinterlassen und außerdem nicht genügend Personal eingestellt.

Der Mittelansatz für Investitionen in Radwege sei so hoch wie nie zuvor, höher auch als zu Zeiten rot-grüner Regierungsverantwortung.

Außerdem werde in die Zukunft der Mobilität in Nordrhein-Westfalen investiert; ein in sieben Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung komplett ausgeblendetes, sogar verschlafenes Kapitel. Mit einer Abteilung für die Zukunft der Mobilität und den entsprechenden Investitionen seien jetzt die richtigen Pflöcke eingeschlagen worden. Das Ministerium arbeite daran, die Chancen der Digitalisierung für Nordrhein-Westfalen verkehrsträgerübergreifend nutzbar zu machen.

Arndt Klocke hält er bezüglich dessen Äußerung, dass der Bund viel Geld zur Verfügung stelle, vor, dass auch die rot-grüne Landesregierung auf viel Geld vom Bund hätte zugreifen können, es aber nicht abgerufen habe. – **Arndt Klocke (GRÜNE)** wirft ein, dass das nur einmal geschehen sei. Im Jahr 2013 seien 43 Millionen Euro Bundesmittel nicht in Anspruch genommen worden.

Zwar wiederhole Geschichte sich nicht, fährt **Klaus Vossemer (CDU)** fort, aber ziemlich genau diese Summe habe Verkehrsminister Hendrik Wüst heute zusätzlich vom Bund abgerufen. Damit komme man auf eine Rekordsumme von 1,3 Milliarden Euro an Zuwendungen für den Autobahn- und Bundesstraßenbau.

Das zeige die Richtigkeit des begonnenen Weges, den Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf zu organisieren. Allerdings müsse das Tempo weiter verschärft werden, um die gesteckten Ziele erreichen zu können.

Was Carsten Löcker anbelange, beschwere sich dieser über eine Antwort, die genau den vom ihm in der Kleinen Anfrage abgefragten Zeitraum Mai bis September berücksichtige.

Aus der Antwort gehe hervor: Der Trend sei gebrochen, im abgefragten Zeitraum seien weniger Staus zu verzeichnen gewesen.

(Carsten Löcker [SPD]: Falsch!)

Das sei ein positives Signal, auch wenn man das Ziel noch lange nicht erreicht habe. Unter der vorherigen Regierung hätten sich die Staus bei weitaus weniger Baumaßnahmen „von der Erde bis zum Mond“ erstreckt, während die derzeitige Regierung einen Bauhochlauf organisiere und sich die Zahl der Staus trotzdem verringere.

Unterm Strich sei also ein deutlicher Fortschritt zu verzeichnen, auch wegen des Acht-Punkte-Programms, das Verkehrsminister Hendrik Wüst im Rahmen seines Infrastrukturpakets im Frühjahr vorgestellt habe. Das zeige, dass die Koalition und Hendrik Wüst in NRW etwas bewegen würden.

(Carsten Löcker [SPD]: Hat nur keiner gemerkt!)

Natürlich gehe immer noch ein bisschen mehr, aber man sei auch noch lange nicht am Ende. So würden auch im ÖPNV-Bereich wichtige Investitionen für die Zukunft getätigt. Das Azubi-Ticket befinde sich auf einem guten Weg; man erwarte demnächst in dieser Sache Ergebnisse, denen man mit Zuversicht entgegenblicke. Das Sozialticket oder vielmehr die Sozialtickets würden im Land selbstverständlich im gleichen Umfang wie bisher, mit 40 Millionen Euro, gefördert. Auch bei diesem Thema könne die Opposition also keine Punkte mehr sammeln. Dieser Haushalt bilde ab, dass Landesregierung und Koalitionsfraktionen alle Verkehrsträger im Blick hätten.

Möglicherweise würden noch weitere Änderungsanträge vorgelegt oder im Zuge des Beratungsverfahrens Ergänzungen bzw. Profilschärfungen vorgenommen. Die CDU-Fraktion danke für den Entwurf, in dem die richtigen Schwerpunkte gesetzt worden seien. Bei der anstehenden Abstimmung werde man diesem Entwurf zustimmen. Die Erläuterung der Ergänzungs- und Änderungsanträge behalte man sich für die kommende Sitzung vor.

Bodo Middeldorf (FDP) widerspricht Klaus Vossemer dahin gehend, dass er den Haushalt nicht als einen der kleinen Schritte, sondern als einen der großen Schritte interpretiere, und das nicht nur im investiven, sondern auch im strukturellen Bereich.

Natürlich stehe – das stimme – mehr Geld zur Verfügung; allerdings gebe man – dies unterscheide die jetzige Koalition und Landesregierung von der vorherigen – dieses Geld auch für den Verkehrsbereich und dessen Stärkung aus; hier setze man sogar einen strukturellen Schwerpunkt.

Die Investitionen in die Landesstraßen von 175 Millionen Euro markierten lediglich einen Zwischenstand; noch im Laufe dieser Legislaturperiode werde eine Erhöhung auf 200 Millionen Euro erfolgen. Dass diese Summe noch nicht erreicht worden sei, habe aber nicht nur mit den eigenen, sondern auch mit den Kapazitäten der Bauindustrie zu tun. Die Kapazitäten, die sich in der Zeit der vorherigen Regierung auf einem unglaublich niedrigen Niveau befunden hätten, ließen sich nur langsam steigern. Jedenfalls würden dieser und künftige Haushalte mit ihrer besonderen Schwerpunktsetzung im Verkehrsbereich für eine Verstetigung sorgen.

Auf die Ausführungen Carsten Löckers eingehend, betont er, dass die Koalition auf eine unideologische und technologieoffene Verkehrspolitik setze und somit – anders

als Teile der Opposition – keinen Verkehrsträger bevorzugen oder benachteiligen wolle. Nur eine unideologische Betrachtungsweise mache es möglich, eine komplette und integrierte Lösung – die auch dazu beitragen werde, mit einer noch zunehmenden Verkehrsbelastung fertig zu werden – für die Menschen in diesem Land zu finden. Mit einer auch hier gerade wieder geforderten einseitigen Erhöhung der Mittel für ÖPNV und Fahrradverkehr würde dies nicht gelingen.

In diesem Zusammenhang setze man sehr stark auf Digitalisierung und Vernetzung. Bereits im vergangenen Jahr habe man für den Haushalt 2018 die Mittel zum Aufbau einer neuen Abteilung für Digitalisierung und Vernetzung im Verkehrsressort freigegeben. Verkehrsminister Wüst habe aus der vorherigen Regierungszeit lediglich zwei für dieses wichtige Zukunftsthema zuständige Stellen übernehmen können. Die vorherige Regierung habe dieses Thema also komplett verschlafen.

Erst durch die Initiative der derzeitigen Regierung starte in diesem Bereich ein Hochlauf und würden wichtige Weichen gestellt. Im Verkehrsressort habe mit der neuen Abteilung und den neuen Stellen der Aufwuchs bereits begonnen. Auf Grundlage des vorliegenden Haushaltsentwurfs werde man einen weiteren Schritt gehen und die Abteilung mit den nötigen Fördermitteln ausstatten, damit diese in den kommenden Jahren im Land ihren Auftrag umsetzen könne. So werde die Sichtbarkeit der neuen Politik gewährleistet. Man habe eine komplette Neuorientierung der gesamten Verkehrspolitik in diesem Land begründet.

Dank zolle die FDP-Fraktion dem Minister für die Schwerpunktsetzung gerade auch auf die Baustellenkoordinierung, da ein Bauhochlauf natürlich immer mit Belastungen und Behinderungen für den Verkehr einhergehe. Um diese Auswirkungen möglichst abzumildern, müssten zusätzliche Anstrengungen unternommen werden. Der Minister habe in großer Deutlichkeit die Absicht bekundet, diesbezüglich tätig zu werden.

Die derzeitige Regierung habe auf kommunaler Ebene einen ÖPNV übernommen, der in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, insbesondere unter der Verantwortung der vorherigen Regierung, an keiner Stelle – weder investiv noch infrastrukturell oder im Hinblick auf die Digitalisierung – modernisiert worden sei. Der hiesige ÖPNV und dessen Ausstattung lägen vor allem hinsichtlich Vernetzung und Digitalisierung im Vergleich mit anderen Ländern und europäischen Metropolen meilenweit zurück. Auch dieses Thema wolle man massiv angehen und zusammen mit den Verbänden einen deutlichen Schritt nach vorne machen.

Das E-Ticket sei ein entscheidender Punkt, um Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen. Das stehe aber immer im Kontext mit anderen Verkehrsträgern. Es reiche nicht aus, nur die alten ÖPNV-Systeme und den Fahrradverkehr zu berücksichtigen, man müsse auch über neue Verkehrsträger nachdenken und eine Vernetzung der Verkehrsträger untereinander realisieren. Das seien die wesentlichen Herausforderungen für die Zukunft. Man werde das angehen, und in diesem Haushalt sei das sehr eindrucksvoll hinterlegt.

Seine Fraktion, so **Nic Peter Vogel (AfD)**, beurteile den Haushaltsentwurf eher positiv und begrüße im Hinblick auf die Vergangenheit die genannten Rekordzahlen. Zwar

halte er es für ungewöhnlich, dass eine Oppositionspartei den Fokus nicht vor allem auf Sparvorschläge lege, aber seine Fraktion bewerte einige Bereiche sogar als unterfinanziert.

Beispiel: das Landesstraßennetz. Dort werde mehr Geld investiert. Es sei nachvollziehbar, dass die 200 Millionen Euro pro anno nicht schon in den ersten Jahren aufgewendet würden, allerdings reiche selbst diese Summe wahrscheinlich nicht aus, um den Bedarf zu decken. Unter anderem auf Grundlage des letzten Berichts zum Zustand der Landesstraßen habe man einen Investitionsstau von 3 Milliarden Euro errechnet. Es gelte also, mehr Geld zu investieren, sobald die Kapazitäten bei der Bauindustrie und den Planstellen das zuließen.

Für interessant halte er, trotz einiger spekulativer Teile, eine Studie der Boston Consulting Group aus dem Jahr 2017. Laut dieser Studie führe das wegen maroder Verkehrsinfrastruktur und Staus nicht genutzte Arbeitspotenzial zu einem Verlust von 5 Milliarden Euro jährlich. Auch deshalb sollte in den kommenden Jahren mehr in die Landesstraßen investiert werden.

Die Stärkung der Schifffahrt eigne sich zwar zur Entlastung des Straßensystems und zur Verringerung der Lärmbelastung, doch bleibe die Umweltfreundlichkeit wegen der damit einhergehenden Emissionen zweifelhaft.

In Sachen Nahmobilität empfehle sich ein Blick in die Niederlande; von den Niederländern lasse sich einiges lernen, vor allem über Fahrradwege, aber auch in Bezug auf Experimentierfreudigkeit. So könnten die dortigen Plastik- und Solarwege auch für den hiesigen Fahrradverkehr interessant sein; für den Straßenverkehr kämen sie wegen der Belastungen durch Lkw allerdings nicht infrage.

Bezüglich des Forschungsflughafens Aachen-Merzbrück sei seine Fraktion aufgeschlossen und interessiert, allerdings werde sich wohl erst in nächster Zeit ergeben, ob die dortigen Investitionen in die richtige Richtung führen würden.

Gegen Eisenbahnstrecken bzw. deren Reaktivierung wolle sich seine Fraktion nicht sperren, man sei aber froh, über die in diesem Bereich vorgenommenen detaillierten Priorisierungen. So halte man eine komplette Elektrifizierung aller Eisenbahnstrecken in Nordrhein-Westfalen nicht für sinnvoll, da das nicht überall rentabel und manchmal auch gar nicht möglich sei, etwa bei Betriebsstrecken oder der sogenannten letzte Meile.

Mehr Mittel für die Digitalisierung – und damit für ein von der vorherigen Regierung komplett verschlafenes Thema – könne man gar nicht oft genug fordern, da diese sicherlich vieles erleichtern werde.

Einer Verbesserung bedürfe auch das Baustellenmanagement. Wenn er durch andere Bundesländer fahre, falle ihm immer wieder auf, dass es an nordrhein-westfälischen Baustellen im Vergleich zu wenig Aktivität gebe.

Insgesamt weise der vorliegende Haushaltsentwurf in die richtige Richtung, allerdings werde man mit den für die Landesstraßen vorgesehenen Mitteln auf Dauer nicht auskommen.

Arndt Klocke (GRÜNE) greift die Worte Bodo Middeldorfs von einer „unideologischen Verkehrspolitik“ auf und betont, dass er diese ausdrücklich begrüße. Allerdings halte er es für bedenklich, alle Verkehrssparten gleichberechtigt und unterschiedslos voranzutreiben.

Für ihn stelle sich die Frage, ob man nach jahrzehntelanger zentraler Förderung der Pkw-Mobilität in den Fünfzigern, Sechzigern, Siebzigern, und Achtzigern heutzutage – angesichts von Staus und Klimawandel – alle Verkehrssparten gleichberechtigt fördern sollte. Seiner Ansicht nach sei es an der Zeit, bestimmte Verkehrsträger massiver zu fördern und die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten übermäßig geförderten etwas hintanzustellen.

Wegen der derzeitigen ausgesprochen guten Haushaltssituation des Landes habe Hendrik Wüst die Möglichkeit, sowohl den regionalen Straßenbaubegehren, etwa nach Umgehungsstraßen, nachzukommen, als auch die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte und alle Freunde des Fahrradverkehrs glücklich zu machen.

Seiner Meinung nach sollte in der Verkehrspolitik grundsätzlich ein größerer Schwerpunkt auf den ÖPNV und den Radwegebau als auf den Straßenneubau gelegt werden. – Aber in dieser Sache unterscheide man sich eben politisch; eine unideologische Verkehrspolitik gefalle ihm jedenfalls auch.

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1.	GRÜNE	<p>Kapitel 09 110 Titelgruppen 60</p> <p>Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Sozialticket</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 40.000.000 Euro um 2.000.000 Euro auf 42.000.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 40.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die bislang bereitgestellten 40 Mio. Euro sind für die Aufgabenträger und Kommunen nicht ausreichend, der Ansatz für das Sozialticket muss dringend dynamisiert und damit an die steigende Zahl der beteiligten Kommunen und Nutzer*innen angepasst werden.</p>	<p>CDU FDP SPD GRÜNE AfD</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis							
2.	SPD	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 74 Ausbildungsverkehrs-Pauschale nach §11a ÖPNVG NRW</p> <p>Titel 633 74 Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>72.475.500 Euro</td> <td rowspan="3" style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>10.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>82.475.500 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Ausbildungsverkehre in Nordrhein-Westfalen werden im Rahmen der ÖPNV-Förderung mit 130 Millionen Euro jährlich unterstützt. Nutznießer dieser originär landeseitigen Förderung sind die Schülerinnen und Schüler. Auszubildende benötigen jedoch auch ein landesweit transparentes Angebot preisgünstiger Monatsickets, um die Wege zum Ausbildungsbetrieb und zu den Standorten der begleitenden Berufsschulausbildung absolvieren zu können. Damit wird nicht nur eine Gleichstellung mit anderen Bevölkerungsgruppen, z.B. Schülern und Studenten, herbei geführt, sondern auch eine weitere Förderung des ÖPNVs mit Verlagerungswirkung vom Verbrennungsmotor gestützten Individualverkehr auf den ökologisch vorteilhaften ÖPNV.</p> <p>Die dafür vorgenommene Erhöhung des HH-Ansatzes um 5 Mio. € durch die Landesregierung ist völlig unzureichend, um landesweit einheitliche Angebote vorhalten zu können. Daher wird eine Erhöhung des im HH-Entwurf vorgeschlagenen Ansatzes um weitere 10 Mio. Euro beantragt.</p>	von	72.475.500 Euro	Ansatz lt. HH 2018	um	10.000.000 Euro	auf	82.475.500 Euro	CDU FDP SPD GRÜNE AfD
von	72.475.500 Euro	Ansatz lt. HH 2018								
um	10.000.000 Euro									
auf	82.475.500 Euro									

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
3.	SPD	<p>Kapitel 09 150 Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein Westfalen Titelgruppe 777 Investitionen in das Landesstraßennetz Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 175.000.000 Euro um 10.000.000 Euro auf 185.000.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 160.850.000 Euro</p> <p>Anbringung einer Verpflichtungsermächtigung von 100.000.000 Euro mit der Fälligkeit 2020.</p> <p>Begründung: Die Erhöhung der Erhaltungsmittel für den Landesstraßenbau auf 200 Mio. p.a. entspricht der Expertise von 2011, lediglich den damaligen Straßenzustand (2011) zu erhalten, der bereits problematisch war. Der Landesrechnungshof empfiehlt ebenfalls dieses Investitionsvolumen, um den Substanzverlust beim Landesstraßennetz aufzuhalten. Die Wahlaussage der CDU aus dem Landtagswahlkampf 2017 war 200 Mio. Euro p.a. Die Landesregierung erreicht diese Investitionshöhe auch in ihrem zweiten Haushalt nicht, obwohl die Steuereinnahmen seit geraumer Zeit sehr gut sind. Die stärkere Erhöhung des HH-Ansatzes ist dringend erforderlich, um den Substanzverlust des Landesstraßennetzes zu stoppen und zumindest auf dem Niveau von 2011 zunächst zu sichern. Darüber hinaus sichert der Antrag die Investitionssumme von 200 Mio. € p.a. ab 2020 ab.</p>	<p>CDU FDP SPD GRÜNE AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
4.	GRÜNE	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplanes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2019 von 47.000.000 Euro um 17.000.000 Euro auf 30.000.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 27.635.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Landesstraßen sind vielfach in einem schlechten baulichen Zustand, Erhalt und Sanierung sollte deshalb im Vordergrund stehen und sowohl Geld- wie Personaleinsatz dort gebündelt werden. Außerdem sind viele Neubauprojekte sowohl aus Sicht der Anwohner*innen vor Ort als auch aus Gründen der Flächensparnis und aufgrund von Naturschutzbelangen kritisch und sollten deshalb nicht umgesetzt werden. Die aus den Neubaumitteln reduzierten Ansätze könnten stattdessen für zusätzliche Maßnahmen des Radverkehrs und des ÖPNVs verwendet werden und damit eine Verkehrswende hin zu einer umweltfreundlicheren und menschengerechteren Mobilität unterstützen.</p>	<p>CDU FDP SPD GRÜNE AfD</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
5.	SPD	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p>Titelgruppe 777 Investitionen in das Landesstraßennetz</p> <p>Titel 777 14 Radwegebau an bestehenden Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0" data-bbox="758 739 869 1534"> <tr> <td>2019</td> <td>Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von 12.400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 7.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.000.000 Euro</td> <td>12.400.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel dienen zur Deckung von Bau- und Grunderwerbskosten zum Bau von Radwegen an bestehenden Landesstraßen in der Baulast des Landes sowie der Beschilderung von Radwegen. Die Mittel können für die Modellprojekte "Bürgeradwege" und "Radwege auf stillgelegten Bahntrassen" verwendet werden. Letztere sind seit Jahren Erfolgsmodelle, die sich sehr großer Beliebtheit im Land erfreuen, verkehrspolitisch Sinn machen und zudem Kosten effizient zu realisieren sind. Als Netz- und Infrastrukturelement ist ein gut ausgebautes, sicheres Radverkehrsnetz sehr erstrebenswert. Es entlastet Umwelt und Straßen und fördert die Gesundheit. Daher ist eine spürbare Erhöhung des Haushaltsansatzes dringend geboten.</p>	2019	Ansatz lt. HH 2018	von 12.400.000 Euro		um 7.600.000 Euro		auf 20.000.000 Euro	12.400.000 Euro	<p>CDU FDP SPD GRÜNE AfD</p>
2019	Ansatz lt. HH 2018										
von 12.400.000 Euro											
um 7.600.000 Euro											
auf 20.000.000 Euro	12.400.000 Euro										

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
6.	GRÜNE	<p>Kapitel 09 150</p> <p>Titel 777 15 (neu)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019</p> <p>von 00.000.000 Euro</p> <p>um 10.000.000 Euro</p> <p>auf 10.000.000 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</p> <p style="text-align: right;">00.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Für den Radwegebau insbesondere entlang von Autobahnbrücken gibt es keine expliziten Mittel, um bei Brückenneubauten oder -erneuerungen Radwege gemäß Radschnellwegstandard herzustellen. Der Bund finanziert bei Erneuerungen nur die Wiederherstellung des alten Zustands der Radwege, d.h. oft sind Geh- und Radweg kombiniert oder der Radweg ist zu schmal, um Überhol- oder Begegnungsverkehr zuzulassen. In einem NRW-weiten Netz von Radschnellwegen sind die Brücken ein wichtiger Bestandteil, wenn hier bei Sanierungen und Neubauten nicht nach geltendem Radschnellwegstandard mitgeplant und gebaut wird, entstehen Engpässe im Netz und Gefahrstellen für Radfahrerinnen und Radfahrer. Der HH-Ansatz von 10 Mio. Euro soll vor allem die Planungen an den Autobahnbrücken A1 bei Leverkusen, A40 bei Neuenkamp und A565 bei Bonn ermöglichen.</p>	<p>CDU FDP SPD GRÜNE AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsentwurf 2019

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
7.	CDU FDP	<p>Kapitel 09 160 Titelgruppe 61 Titel 682 61</p> <p>Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung Und Vernetzung Nahmobilität Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</p> <p>Modellhafte Erprobung einer bewegungsaktiven Beleuchtung an Radwegen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 1.500.000 Euro um 250.000 Euro auf 1.750.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 1.250.000 Euro</p> <p>Begründung: Die modellhafte Erprobung einer bewegungsaktiven Beleuchtung an Radwegen soll einerseits einen regionalen Wirtschaftsförderungsimpuls setzen sowie andererseits zur Sicherheit und Komfort auf Radwegen im ländlichen Raum beitragen. Dadurch wird ein Anreiz gesetzt, die Attraktivität der Nahmobilität zu steigern. Innerhalb von Ortslagen sollen Routen beleuchtet werden und außerhalb an möglichen Gefahrenpunkten wie Kreuzungen mit dem Kfz-Verkehr bzw. dort, wo die Wege auch als Schulwege genutzt werden. Dabei bietet sich an, Solar-Leuchten mit Bewegungsmelder zum Einsatz zu bringen. Mit den Mitteln sollen zwei bis drei Modellprojekte (je nach Streckenlänge) mit einem Förderanteil von 50 % (Zuschuss) zur Erprobung von bewegungsaktiver Beleuchtung an Radwegen eingerichtet werden.</p>	CDU FDP SPD GRÜNE AfD

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
8.	GRÜNE	<p>Kapitel 09 160 Titelgruppe 61 Titel 777 61</p> <p>Angelegenheit der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung Nahmobilität Investitionen in Radschnellwege in der Baulast des Landes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 7.500.000 Euro um 5.000.000 Euro auf 12.500.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 5.750.000 Euro</p> <p>Begründung: Um zukünftig ein flächendeckendes Netz von Radschnellwegen in NRW aufzubauen, sind über die bisherigen sieben geplanten Projekte hinaus weitere Radschnellwege notwendig. Hierzu soll die Landesregierung ein Gutachten beauftragen, das in Zusammenarbeit mit den Kommunen mögliche Routen für Radschnellwege in allen Regionen identifiziert und einen Zeit-/Maßnahmenplan dafür erstellt. Außerdem sollen die Kommunen bei der Planung von Radschnellwegen zusätzlich vom Land gefördert werden, um die Projekte schneller zur Baureife zu bringen. Dafür ist eine Erhöhung des Mittelsatzes notwendig.</p>	<p>CDU FDP SPD GRÜNE AfD</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2019

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
9.	SPD	<p>Kapitel 09 160 Vernetzung Titelgruppe 61 Titel 777 61 723</p> <p>Angelegenheit der Mobilität, Digitalisierung und Investitionen in das Landesstraßennetz Investitionen in Radschnellwege in der Baulast des Landes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2019 von 7.500.000 Euro um 2.500.000 Euro auf 10.000.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 5.750.000 Euro</p>	<p>CDU FDP SPD Grüne AfD</p>
		<p>Begründung: Die Mittel dienen dem Bau, dem Grunderwerb und der Erhaltung von Radschnellverbindungen des Landes. Die im HH-Entwurf der Landesregierung vorgenommene Erhöhung der Mittel um 1,75 Mio. Euro ist angesichts der Ziele, ein Netz an Radschnellwegen in NRW zu realisieren und zu unterhalten, völlig unzureichend. Als Netz- und Infrastrukturelement sind Radschnellwege dazu geeignet, den längst fälligen Quantensprung einzuleiten, um das Potenzial des Radverkehrs voll auszuschöpfen. Darum brauchen wir in Nordrhein-Westfalen ein gut ausgebautes, sicheres Radverkehrsnetz im besten Standard. Es entlastet Umwelt und Straßen und fördert die Gesundheit.</p>	

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsentwurf 2019

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
10.	CDU FDP	<p data-bbox="507 748 687 1541"> Kapitel 09 160 Sicher den Schulweg bestreiten – Kindergärten bei der Verkehrserziehung unterstützen Maßnahmen zur Sicherheit im Straßenverkehr Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen </p> <p data-bbox="746 913 916 1541"> Erhöhung des Ansatzes 2019 von 0 Euro um 250.000 Euro auf 250.000 Euro Ansatz lt. HH 2018 0 Euro </p> <p data-bbox="975 651 1145 1541"> Begründung: Im Bereich der Verkehrserziehung werden Vorschulkinder an das Thema der Verkehrssicherheit herangeführt und der Weg zur Grundschule geübt. Mit dem Set an reflektierenden Überwürfen sollen alle Kindergärten ausgestattet werden. Die Sets verbleiben in den Kitas und sollen für die nachfolgenden Vorschulkinder genutzt werden. </p>	CDU FDP SPD Grüne AfD